

Antrag auf Förderung eines Projektes der Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung in Hessen

HESSEN



1. **Angaben zum Antragsteller/ Bewilligungsempfänger** (bitte Vereinsregisterauszug und aktuelle Freistellungserklärung beifügen)

Name

Adresse

Ansprechpartner

Kontoverbindung

2. **Projektbeschreibung allgemein**

Projekttitle

Kurzbeschreibung

Zeitraum für die Durchführung des Projektes

Mit der Maßnahme ist noch nicht begonnen worden

3. Projektbeschreibung detailliert

Zielstellung und Zielgruppe

ausführliche Projektbeschreibung/ Maßnahmenbeschreibung (Art und Umfang der Durchführung, Inhalt)

Wirkungen des Projektes i. S. einer Bildung für nachhaltige Entwicklung

Aussagen zur Nachhaltigkeit des Projektes

Angaben zur fachlichen Qualifikation der Durchführenden

Kooperationspartner und Mitwirkende

Wie soll das Projekt dokumentiert und in der Öffentlichkeit präsentiert werden?

Wie soll auf die Förderung durch das HmUKLV hingewiesen werden?

4. Finanzierung

Hinweis: Personalkosten dürfen nur dann gefördert werden, wenn es sich um zusätzlich eingestelltes Personal für das Projekt handelt oder die Tätigkeit des Stammpersonals für das Projekt den Rahmen der Haupttätigkeit eindeutig überschreitet und dadurch Mehrarbeit anfällt. Nach dem Subsidiaritätsgrundsatz ist es zumutbar, eigenes Personal in der regulären Arbeitszeit ohne zusätzliches Honorar einzusetzen. Ebenso ist es den Zuwendungsempfängern zuzumuten, eigene Räume und eigene Sachmittel unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Finanzierungsplan

Für Honorarmittel (einzelne Positionen)

veranschlagt

Für Sachmittel (einzelne Positionen)

Summe	
Eigenmittel	
Drittmittel	
Somit Zuwendungsbedarf	

Beschreibung der Eigenmittel und Eigenleistung in Worten

Ob und weshalb wäre die Durchführung der Aufgaben ohne die Zuwendung nicht möglich oder gefährdet sein?

Sollen mit den beantragten Mitteln Geschäfts- oder Betriebseinrichtungen oder sonstige Vermögenswerte erworben oder hergestellt werden?

Ist der Zuwendungsempfänger allgemein oder für das betreffende Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes berechtigt oder nicht? Bitte eine rechtverbindliche Erklärung beifügen. Falls ja, müssen im Finanzierungsplan nur die Nettobeträge ohne Mehrwertsteuer angegeben werden.

Sind für den gleichen Zweck bei anderen Stellen Mittel beantragt oder sollen sie beantragen werden oder sind von anderer Stelle bereits Mittel bewilligt oder in Aussicht gestellt worden? Falls ja, in welcher Höhe?

Sind für den gleichen Zweck früher Zuwendungen gewährt worden? Falls ja, bitte Zeitpunkt der Bewilligung, bewilligende Stelle und Höhe angeben.

Wann werden die Mittel spätestens benötigt? Zeitplan für den Mittelabruf z.B. monatliche/vierteljährliche Auszahlung

Wie werden die Mittel verwaltet, wie sind die Verantwortlichkeiten geregelt und welches Buchungssystem wird angewendet?

Ich habe die „Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P)“ in Hessen gelesen und erkenne diese an.

Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift

Hinweise zum Datenschutz (Datenschutzhinweise)

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Verarbeitung personenbezogener Daten von natürlichen Personen und zwar sowohl dann, wenn die personenbezogenen Daten unmittelbar bei den betroffenen Personen erhoben werden (Art. 13 DSGVO, § 26 Abs. 4 und § 31 HDSIG), als auch für den Fall, dass die personenbezogenen Daten nicht unmittelbar bei den betroffenen Personen erhoben werden (Art. 14 DSGVO, § 26 Abs. 1 und § 32 HDSIG). Letzteres betrifft u.a. personenbezogene Daten von z.B. Repräsentanten/Mitarbeitern, Verrichtungs-/Erfüllungsgehilfen oder Dienstleistern/Unterauftragnehmern von Antragstellern oder Vertragspartnern/Auftragnehmern.

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich?

Verantwortlicher für die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten ist das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, das Sie wie folgt erreichen:

Referat I 3B
Mainzer Straße 80, D-65189 Wiesbaden;
Postfach 31 09, D-65021 Wiesbaden;
Tel.: +49(0)611/815-0;
Fax: +49(0)611/815-1941;
E-Mail: poststelle@umwelt.hessen.de;
Internet: www.umweltministerium.hessen.de.

2. An wen können Sie sich bei Fragen zum Datenschutz wenden?

Für Fragen zum Datenschutz und auch sonst erreichen Sie unseren behördlichen Datenschutzbeauftragten und dessen Stellvertreter über das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wie folgt:

Behördlicher Datenschutzbeauftragter des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; Mainzer Straße 80, D-65189 Wiesbaden; Postfach 31 09, D-65021 Wiesbaden; E-Mail: datenschutz@umwelt.hessen.de.

3. Welche Kategorien von personenbezogenen Daten verarbeiten wir?

Es werden insbesondere die folgenden Kategorien von personenbezogenen Daten von uns verarbeitet:

Personenstammdaten (z.B. Vor- und Nachname, Firma, ggf. Geburtsdatum und -ort);

Kontaktdaten (z.B. Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Faxnummer, Internetadresse);

Buchungs- und Abrechnungsdaten (z.B. Bankverbindungsdaten wie IBAN/BIC, Rechnungsnummern, Steuernummern, Umsatzsteuer-Identifikationsnummern, Steuer-Identifikationsnummern, Forderungsdaten wie Grund, Art, Fälligkeit und Höhe/Betrag der Forderungen);

Wirtschafts-/Finanzdaten, d.h. Daten über Ihre wirtschaftliche/finanzielle Situation (z.B. Kontoauszüge, Bankbescheinigungen, Rechnungen, Quittungen/Zahlungsbelege, Vermögensaufstellungen/Bilanzen, Daten zu Vermögensauskünften und Insolvenzverfahren);

Protokolldaten über Ihre Kontakte mit uns (z.B. Datum/Tag und Uhrzeit einer von Ihnen an uns gesendeten E-Mail).

4. Aus welchen Quellen stammen die von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten?

Die von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten stammen insbesondere aus einer unmittelbaren Erhebung bei den betroffenen Personen, vor allem dann, wenn Sie direkt mit uns in Kontakt treten (z.B. per E-Mail oder Brief), sich zur Teilnahme an einer Veranstaltung und/oder zum Erhalt eines Newsletters bei uns anmelden, einen Antrag (z.B. auf Gewährung einer Zuwendung) bei uns stellen, und/oder uns eine Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erteilen (z.B. Angaben in einem Kontakt-/Anmeldeformular, in einer E-Mail bzw. einem Brief, einem Antrag, einer Einwilligungserklärung). Daneben greifen wir ggf. auf personenbezogene Daten zurück, die bereits bei uns zulässigerweise gespeichert sind und deren Weiterverarbeitung ebenfalls zulässig ist. Zudem verarbeiten wir u.U. personenbezogene Daten von z.B. Repräsentanten/Mitarbeitern, Verrichtungs-/Erfüllungsgehilfen oder Dienstleistern/Unterauftragnehmern der Antragsteller, die wir entweder bei den Antragstellern oder direkt bei den jeweiligen betroffenen Personen erheben. Außerdem kann es vorkommen, dass wir personenbezogene Daten verarbeiten, die wir zulässigerweise aus öffentlich zugänglichen Quellen (z.B. Schuldnerverzeichnisse, Grundbücher, Handels-/Vereinsregister, Presseartikel, Internet, Impresen) und/oder von Dritten (z.B. Medien, Unternehmen, Gerichte, Einwohnermeldeämter/Meldebehörden, weitere/sonstige Behörden) erhalten.

5. Zu welchen Zwecken und auf welcher Rechtsgrundlage verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten?

Im Einklang mit der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG) verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten insbesondere für die nachfolgenden Zwecke und auf Basis der folgenden Rechtsgrundlagen, wobei es zur Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung ausreicht, wenn eine dieser Rechtsgrundlagen in Betracht kommt.

Für die Verarbeitungszwecke, zu denen Sie uns unter Wahrung von Art. 7 DSGVO Ihre Einwilligung im Sinne von Art. 4 Ziffer 11 DSGVO erteilt haben, auf der Rechtsgrundlage des Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. a) DSGVO. Die Einwilligung können Sie uns gegenüber (siehe dazu Ziffer 1 oben) nach Art. 7 Abs. 3 DSGVO jederzeit aus freien Stücken widerrufen (siehe dazu auch Ziffer 6 unten). Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die Sie uns vor Geltung der DSGVO am 25. Mai 2018 erteilt haben. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zu dem Widerruf bereits erfolgten Verarbeitungen Ihrer personenbezogenen Daten nicht berührt. Soweit eine andere Rechtsgrundlage besteht, sind wir trotz des Widerrufs der Einwilligung dennoch weiterhin zu der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten berechtigt.

Für Zwecke der Datenverarbeitung, die zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (wie z.B. Dokumentations-/Aufbewahrungs-, Auskunfts-/Mitteilungs- oder Übersendungs-/Übermittlungspflichten), der wir unterliegen, erforderlich sind, auf der Rechtsgrundlage des Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. c) i.V.m. Abs. 3 DSGVO sowie der jeweiligen einschlägigen Rechtsvorschrift des nationalen Rechts oder des Unionsrechts, aus der sich jeweils die von uns zu beachtende rechtliche Verpflichtung ergibt.

Für Zwecke der Datenverarbeitung, die zur Wahrnehmung der in unsere Zuständigkeit als öffentliche Stelle fallenden Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen oder die in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgen, erforderlich sind, auf der Rechtsgrundlage des Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. e) i.V.m. Abs. 3 DSGVO und § 3 Abs. 1 HDSIG.

Für Zwecke der Datenverarbeitung, die außerhalb des Bereichs, in dem wir als Behörde zur Erfüllung unserer Aufgaben handeln (Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 2 DSGVO), zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder von Dritten erforderlich sind, die die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten von Ihnen, die den Schutz personenbezogener Daten

erfordern, überwiegen, auf der Rechtsgrundlage des Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. f) DSGVO. Eine Datenverarbeitung aus berechtigtem Interesse kann insbesondere dann vorliegen, wenn wir personenbezogene Daten von z.B. Repräsentanten/Mitarbeitern, Verrichtungs-/Erfüllungsgehilfen oder Dienstleistern/Unterauftragnehmern unserer Vertragspartner/Auftragnehmer verarbeiten, die wir zur sachgerechten Kommunikation und damit zur ordnungsgemäßen Abwicklung der Verträge mit unseren Vertragspartnern/Auftragnehmern benötigen.

Bei Weiterverarbeitungen durch uns als öffentliche Stelle im Rahmen unserer Aufgabenerfüllung zu einem anderen Zweck als zu demjenigen, zu dem Ihre personenbezogenen Daten erhoben wurden, auf der Rechtsgrundlage des § 21 HDSIG i.V.m. Art. 6 Abs. 4 DSGVO.

Zu Zwecken der Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns als öffentliche Stelle an andere öffentliche Stellen oder an nicht-öffentliche Stellen, soweit dies zu einem anderen Zweck als zu demjenigen, zu dem die Daten erhoben wurden, erfolgt, auf der Rechtsgrundlage des § 22 HDSIG i.V.m. Art. 6 Abs. 4 DSGVO.

6. Welche Rechte haben Sie in Bezug auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns?

In Bezug auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie uns gegenüber (siehe dazu Ziffer 1 oben) die nachstehenden Rechte:

Das Recht auf Widerruf einer uns erteilten Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nach Art. 7 Abs. 3 DSGVO (siehe dazu auch Ziffer 5 oben). Die Einwilligung können Sie uns gegenüber (siehe dazu Ziffer 1 oben) jederzeit aus freien Stücken widerrufen. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die Sie uns vor Geltung der DSGVO am 25. Mai 2018 erteilt haben. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zu dem Widerruf bereits erfolgten Verarbeitungen Ihrer personenbezogenen Daten nicht berührt. Soweit eine andere Rechtsgrundlage besteht, sind wir trotz des Widerrufs der Einwilligung dennoch weiterhin zu der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten berechtigt.

Das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO über eine ggf. durch uns erfolgende Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, soweit nicht § 24 Abs. 2, § 25 Abs. 2, § 26 Abs. 2 oder § 33 HDSIG einschlägig ist.

Das Recht auf Berichtigung/Vervollständigung Ihrer durch uns verarbeiteten personenbezogenen Daten nach Art. 16 DSGVO, soweit diese unrichtig/unvollständig sein sollten und nicht § 24 Abs. 2 Satz 1 oder § 25 Abs. 3 HDSIG einschlägig ist.

Das Recht auf Löschung Ihrer durch uns verarbeiteten personenbezogenen Daten nach Art. 17 DSGVO, soweit einer der Gründe des Art. 17 Abs. 1 Buchst. a) bis f) zutrifft und nicht eine Ausnahme nach Art. 17 Abs. 3 Buchst. a) bis e) DSGVO oder § 34 HDSIG einschlägig ist.

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer durch uns verarbeiteten personenbezogenen Daten nach Art. 18 DSGVO, soweit einer der in Art. 18 Abs. 1 Buchst. a) bis d) geregelten Fälle gegeben und nicht § 24 Abs. 2 Satz 1 oder § 25 Abs. 4 HDSIG einschlägig ist.

Das Recht auf Übertragbarkeit Ihrer personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben und die von uns mithilfe automatisierter Verfahren verarbeitet werden, nach Art. 20 DSGVO, soweit § 25 Abs. 4 HDSIG nicht einschlägig ist und die Verarbeitung nicht für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder die in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Art. 20 Abs. 3 Satz 2 DSGVO).

Das Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten mit der Folge, dass wir diese Daten ab dem Widerspruch nicht mehr verarbeiten, soweit nicht Art. 21 Abs. 1 Satz 2 DSGVO, § 24 Abs. 2 Satz 1, § 25 Abs. 4 oder § 35 HDSIG einschlägig ist (siehe dazu auch Ziffer 12 unten).

Das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde nach Art. 77 DSGVO, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns nicht datenschutzkonform erfolgt.

Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit;
Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden;
Postfach 3163, 65021 Wiesbaden;
Tel.: 0611 1408-0;
Fax: 0611 1408-611;
E-Mail: poststelle@datenschutz.hessen.de;
Internet: <https://datenschutz.hessen.de/>.

7. Wer bekommt Ihre personenbezogenen Daten von uns (Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten)?

Soweit dies zulässig ist, bekommen insbesondere die folgenden Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern Ihre personenbezogenen Daten von uns:

Öffentliche Stellen wie Behörden des Bundes, der Länder, der Landkreise, der Städte und Gemeinden bzw. Gemeindeverbände, die Organe der Rechtspflege (z.B. Gerichte) sowie andere öffentlich-rechtlich organisierte Einrichtungen des Bundes, der Länder, der Landkreise, der Städte und Gemeinden bzw. Gemeindeverbände und sonstige deren Aufsicht unterstehende juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie deren Vereinigungen.

8. Werden Ihre personenbezogenen Daten in oder an Drittländer oder internationale Organisationen von uns übermittelt?

Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns in oder an Länder (Drittländer) außerhalb der Europäischen Union (EU) und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) oder internationale Organisationen findet nicht statt.

9. Wie lange werden Ihre personenbezogenen Daten von uns gespeichert (Dauer der Speicherung oder Kriterien für die Festlegung dieser Dauer)?

Ihre personenbezogenen Daten werden von uns solange gespeichert, wie dies für die Erfüllung des/der Zweckes/Zwecke, zu dem/denen diese Daten erhoben wurden oder zu dem/denen sie zulässigerweise weiterverarbeitet werden, erforderlich ist.

Zudem kann es sein, dass wir Ihre personenbezogenen Daten für die Zeit aufbewahren, in der Ansprüche, Rechte, Pflichten von uns oder gegen uns geltend machen werden können.

Ferner speichern wir Ihre personenbezogenen Daten, soweit und solange wir z.B. im Rahmen von Nachweis-/Aufbewahrungspflichten dazu verpflichtet sind.

10. Erfolgt durch uns eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling?

Eine ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling (Art. 4 Ziffer 4 DSGVO) – beruhende Entscheidungsfindung im Sinne des Art. 22 DSGVO findet bei uns nicht statt.

11. Ist die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten an uns gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben oder für einen Vertragsabschluss mit uns erforderlich? Besteht für Sie eine Pflicht, uns die personenbezogenen Daten bereitzustellen, und welche möglichen Folgen hätte die Nichtbereitstellung?

Insbesondere in den folgenden Fällen bedarf es uns gegenüber einer Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten:

Wenn Sie einen Antrag (z.B. auf die Gewährung einer Zuwendung) bei uns stellen, benötigen wir im Rahmen der Antragsbearbeitung von Ihnen diejenigen personenbezogenen Daten, die für die Aufnahme, Durchführung und Beendigung des Verfahrens und zur Erfüllung der damit verbundenen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten sind wir zu einer Bearbeitung Ihres Antrages nicht in der Lage.

Für den Fall von Anmeldungen zum Erhalt von Newslettern brauchen wir von Ihnen diejenigen personenbezogenen Daten, die notwendig sind, um Ihnen den/die Newsletter zur Verfügung stellen zu können und ohne die wir Ihnen den/die Newsletter nicht zukommen lassen könnten.

Sofern Sie uns für einen oder mehrere bestimmte Zwecke eine Einwilligung erteilt haben, brauchen wir von Ihnen diejenigen personenbezogenen Daten, die von der Einwilligungserklärung erfasst werden und deren Verarbeitung erforderlich ist, um diese(n) Zweck(e) zu erreichen. Ohne diese Daten ist uns die Erreichung des/der Zwecks/Zwecke, für den/die Sie uns die Einwilligung erteilt haben, nicht möglich.

Im Falle von Datenverarbeitungen, die zur Erfüllung einer uns obliegenden rechtlichen Verpflichtung erforderlich sind, brauchen wir von Ihnen diejenigen personenbezogenen Daten, die notwendig sind, damit wir der uns treffenden rechtlichen Verpflichtung nachkommen können und ohne die wir diese rechtliche Verpflichtung nicht erfüllen könnten.

Bei Datenverarbeitungen, die zur Wahrnehmung der in unseren Zuständigkeitsbereich fallenden Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen oder die in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgen, erforderlich sind, sind wir darauf angewiesen, dass Sie uns diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die zur Aufgabenerfüllung notwendig sind und ohne die wir diese Aufgaben nicht wahrnehmen können.

12. Informationen über Ihr uns gegenüber bestehendes Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO (siehe dazu auch Ziffer 6 oben)

Nach Art. 21 Abs. 1 Satz 1 DSGVO haben Sie das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer betreffenden personenbezogenen Daten, die durch uns aufgrund von Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. e) DSGVO (Datenverarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder die in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt) oder Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. f) DSGVO (Datenverarbeitung zur Wahrung berechtigter Interessen des Verantwortlichen oder Dritter, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen) erfolgt, Widerspruch einzulegen.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten von diesem Zeitpunkt an nicht mehr verarbeiten (Art. 21 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 1 DSGVO), es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 DSGVO).

Nach Art. 21 Abs. 6 DSGVO haben Sie das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken gemäß Art. 89 Abs. 1 DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen, es sei denn, die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe erforderlich.

Im Zusammenhang mit dem Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO wird zudem noch auf die nachfolgenden Bestimmungen im HDSIG hingewiesen, nach denen dieses Recht beschränkt ist bzw. nicht besteht:

Nach § 24 Abs. 2 Satz 1 HDSIG ist das in Art. 21 vorgesehene Widerspruchsrecht insoweit beschränkt, als dieses Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Forschungs- oder Statistikzwecke unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt und die Beschränkung für die Erfüllung der Forschungs- oder Statistikzwecke notwendig ist.

Das in Art. 21 DSGVO vorgesehene Widerspruchsrecht besteht nach § 25 Abs. 4 HDSIG nicht, soweit dieses Recht voraussichtlich die Verwirklichung der im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecke unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt und die Ausnahmen für die Erfüllung dieser Zwecke erforderlich sind.

Das Recht auf Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO besteht nach § 35 HDSIG nicht, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das Ihre Interessen überwiegt, oder soweit eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.

Empfänger des Widerspruchs:

Ihren Widerspruch können Sie formfrei und bitte mit dem Betreff „Widerspruch“ an uns (siehe dazu Ziffer 1 oben) richten. Bitte legen Sie den Widerspruch so ein, dass wir diesen Ihrer Person zuordnen können.

13. Änderungen und/oder Ergänzungen der Datenschutzhinweise:

Wir behalten uns jederzeitige Änderungen und/oder Ergänzungen dieser Datenschutzhinweise ausdrücklich vor.

14. Bestätigung des Erhalts und der Kenntnisnahme der Datenschutzhinweise:

Hiermit bestätige ich, dass ich diese Datenschutzhinweise erhalten und zur Kenntnis genommen habe.

Ort, Datum

Name, Unterschrift

Stand dieser Datenschutzhinweise: 7. Mai 2019

Einwilligungserklärung

Hiermit willige ich in die Verarbeitung meiner in Ziffer 3 der beigefügten Datenschutzhinweise genannten Daten zur Gewährung einer Zuwendung durch das Land Hessen und aller damit in Zusammenhang stehender Tätigkeiten ein (Artikel 6 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. a) DSGVO).

Sofern keine anderweitige Rechtsgrundlage zur Verarbeitung der Daten berechtigt, können die Voraussetzungen für die Gewährung der Zuwendung ohne die Einwilligung nicht geprüft werden. Meine Daten werden durch das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und durch das Hessische Competence Center (HCC) genutzt. Im Rahmen der vorgesehenen Prüfrechte kann auch der Hessische Rechnungshof (HRH) meine Daten nutzen. Die Einwilligung umfasst daher insbesondere auch die Übermittlung der Daten an die zuvor genannten öffentlichen Stellen (HCC und HRH).

Die erteilte Einwilligung in die Verarbeitung meiner Daten kann ich jederzeit gegenüber dem Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Referat I 1, Mainzer Straße 80, 65189 Wiesbaden widerrufen (siehe dazu auch Ziffer 1, 5 und 6 der beigefügten Datenschutzhinweise). Der Widerruf wirkt erst in der Zukunft und betrifft nicht eine bereits erfolgte Verarbeitung. Auch im Falle eines Widerrufs der Einwilligung ist der für die Datenverarbeitung Verantwortliche weiterhin zur Verarbeitung der Daten berechtigt, soweit eine anderweitige Rechtsgrundlage dafür besteht.

Die der Einwilligungserklärung beigefügten Datenschutzhinweise habe ich zur Kenntnis genommen und bestätige dies durch meine Unterschrift. Des Weiteren bestätige ich durch meine Unterschrift, dass ich die für die Erteilung der Einwilligungserklärung erforderliche Einsichtsfähigkeit besitze.

Ort, Datum

Name, Unterschrift

Hiermit willige ich **nicht** in die Verarbeitung meiner in Ziffer 3 der beigefügten Datenschutzhinweise genannten Daten zur Gewährung einer Zuwendung durch das Land Hessen und aller damit in Zusammenhang stehender Tätigkeiten ein (Artikel 6 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. a) DSGVO).

Auch im Falle der Verweigerung der Erteilung der Einwilligung ist der für die Datenverarbeitung Verantwortliche zur Verarbeitung der Daten berechtigt, soweit eine anderweitige Rechtsgrundlage dafür besteht.

Die der Einwilligungserklärung beigefügten Datenschutzhinweise habe ich zur Kenntnis genommen und bestätige dies durch meine Unterschrift.

Ort, Datum

Name, Unterschrift